Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

SIE WAGEN ES !

Die SPD in Hessen und Andrea Ypsilanti sind angetreten für einen Politikwechsel, für eine Politik der Wiederherstellung der sozialstaatlichen Errungenschaften.

Dafür haben sie die Wählermehrheiten bekommen.

Sie haben es gewagt, zur Erfüllung dieses Wählerauftrags eine SPD-geführte Regierung bilden zu wollen.

Niemanden wird es überraschen, dass die CDU/CSU unterstützt von den Medien eine wahre Hasskampagne gegen die hessische SPD und Andrea Ypsilanti betreibt.

Doch wie ist es möglich, dass SPD-Verantwortliche, dass die Steinmeier/Steinbrück, die eifrigsten Verfechter der Fortsetzung der Politik der Agenda 2010 in der Großen Koalition, diese Hetze mitverantworten, um eine SPD-geführte Regierung in Hessen unter Andrea Ypsilanti zu torpedieren?

Und sie, die SPD in Hessen und Andrea Ypsilanti, wagen es erneut.

„Ich möchte eine Reformpolitik machen, die der Mehrheit der Menschen zu besseren Lebensverhältnissen verhilft. Und dafür braucht man Macht“, erklärt Andrea Ypsilanti. „Wir sind den Wählern den Politikwechsel schuldig. Wir wollen liefern.“

„Der Wähler ist der Souverän“, er habe Andrea Ypsilanti und der SPD den klaren Auftrag gegeben, Koch abzulösen, so ein sozialdemokratischer Genosse, der damit dem Mehrheitswillen der SPD-Basis eine Stimme gibt.

Die „engere Parteiführung“ der SPD veröffentlichte nun Mitte August eine Erklärung, in der gewarnt wird, dass das Vorgehen der hessischen SPD mit „erheblichen Risiken“ verbunden sei. Es gehe auch um das „Gesamtinteresse der SPD“: „Die hessischen Genossinnen und Genossen tragen auch eine Gesamtverantwortung für die Partei.“

Was sind die Risiken? Geht es tatsächlich darum, dass es schwierig sein wird,

mit einer Stimme Mehrheit in einer Minderheitsregierung zu bestehen?

Wenn es tatsächlich um dieses „Risiko“ geht, wäre dann nicht die einzig richtige Antwort, die ganze Kraft der gesamten SPD zur Unterstützung einer hessischen SPD-geführten Regierung zu engagieren?

Oder geht es um das „Risiko“, dass sich eine SPD-geführte Regierung auf die Zustimmung der Linken stützen müsste?

Sehen wir die Tatsachen: Diese Linke ist das Produkt der Unterwerfung der SPD unter Schröders Politik der Agenda 2010 und ihrer Fortsetzung durch die Große Koalition.

Nur eine Entscheidung für das Weitergehen des auf dem Hamburger Parteitag begonnenen Wegs der Neuorientierung der SPD, der „Korrekturen sozialer Ungerechtigkeiten“, d.h. die Absage an die Agenda 2010-Politik, wird dieser Linken den Boden entziehen.

Darüber hinaus ist es doch gerade die Linke, die in Koalitionen wie im Berliner Senat ihre absolute Zuverlässigkeit für die Umsetzung der Politik der Agenda 2010 bewiesen hat. Sie hat Wovoreit den Weg frei gemacht für die Zertrümmerung der Flächentarifverträge und das Gebot eines staatlichen Lohndiktats (s. Artikel auf Seite 8). Und sie verweigert in der Koalition mit der SPD bis heute den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und ihrer Gewerkschaft ver.di die Rückkehr in den TdL.

Sollten die Verfechter der Großen Koalition, die Steinmeier/Steinbrück, etwa fürchten, dass die hessische SPD und Andrea Ypsilanti angetreten sind, um das Mandat für den politischen Wechsel einzulösen; um Schluss zu machen mit der zerstörerischen, von der EU diktierten Agenda-Politik: Schluss mit Tarifdiktaten im Öffentlichen Dienst, für die Verteidigung und Wiederherstellung des Flächentarifvertragssystems; Schluss mit dem Spardiktat und den Privatisierungen – für eine ausreichende Finanzierung der Bildung und Sozialeinrichtungen; Wiederherstellung

des Sozialstaats? Welcher Sozialdemokrat kann diese Position sozialdemokratischer Politik und die Bildung einer SPD-geführten Regierung dafür nicht wollen?

Gilt die Warnung von Steinmeier/Steinbrück dem von der hessischen SPD und Andrea Ypsilanti geäußerten Willen, den Wählerauftrag einzulösen durch die Bildung einer SPD-geführten Regierung für sozialdemokratische Politik, weil das unvereinbar ist mit der Umsetzung der von der EU/Großen Koalition gebotenen Agenda-Politik?

Und was ist mit der „Gesamtverantwortung für die SPD“?

Ist nicht gerade diese Offensive der hessischen SPD für eine sozialdemokratische Politik und Regierung die Chance für die Gesamtpartei, sich darauf zu stützen und damit in den nächsten Wahlen auf den Weg des Sieges zu kommen?

Liegt hier nicht auch das entscheidende Signal für die Wahl in Bayern?

Eröffnet das nicht eine hoffnungsvolle Perspektive für das Land und die SPD nach den langen Jahren des sozialen Niedergangs und der Niederlagen und Mitgliederverluste der SPD?

Alle sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen, die die SPD aus den Zwängen der Politik der Agenda 2010, der Großen Koalition und des EU-Diktats befreien wollen; alle, die einem weiteren verheerenden Absturz der historischen Partei der deutschen Arbeiterbewegung entgegenwirken wollen – müssen sie nicht die Unterstützung der hessischen SPD und Andrea Ypsilanti, für die erfolgreiche Bildung einer SPD-geführten Regierung zur Erfüllung des Wählerauftrags, zu ihrem Handeln machen?

Gilt es nicht, dafür die Mehrheitsbestrebungen der sozialdemokratischen Mitglieder zu versammeln und in die Waagschale der Gesamtpartei zu werfen?

CARLA BOULBOULLÉ
MICHAEL ALTMANN